

OKTOBER '18/NR. 4

GREENFO

INFORMATIONSBULLETIN DER GRÜNEN SCHWEIZ



- ANTI-MENSCHENRECHTSINITIATIVE WILL DEN RECHTSSTAAT ABSCHAFFEN 4
- SV 17: MIT STEUERGERECHTIGKEIT DEALT MAN NICHT! 5
- GLEICHSTELLUNG: ERFOLGSCHANCEN HÖHER ALS AUCH SCHON 8



**UNVERHÄLTNISSMÄSSIG
UND ÜBERGRIFFIG**

VERSICHERUNGSSPIONE NEIN



Die GRÜNEN sind bereit für den Sprung nach vorne. Wir gehen mit Hartnäckigkeit und Leidenschaft in die #Klimawahl2019.

ALLE ZEICHEN STEHEN AUF GRÜN!

Es hat sich etwas verändert in diesem Sommer. Die Natur hat in aller Deutlichkeit gezeigt, wer am längeren Hebel sitzt. Nicht die RappenspalterInnen, nicht die SchönrednerInnen. Nein, die Sonne. Viel Zeit bleibt uns nicht mehr, um die natürlichen Lebensgrundlagen für die nächsten Generationen zu erhalten. Das hat unter anderem der kürzlich erschienene Bericht des Weltklimarats IPCC gezeigt.

Es hat sich etwas verändert in diesem Sommer. Immer mehr Menschen wissen, dass wir mit kleinen Schritten und falschen Kompromissen nicht schnell genug vorwärts kommen. Es reicht nicht, einen effizienteren Kühlschrank zu kaufen und die Abfalltrennung zu

optimieren. Es geht um viel grundsätzlichere Fragen. Es geht darum, die begrenzten Ressourcen gerechter zu verteilen. Es geht darum, Wachstums- und Profitzwänge zu überwinden. Es geht darum, Technik klug zu nutzen, ohne sich ihr unterzuordnen. Es geht darum, im Zeitalter der Digitalisierung Arbeitsplätze und Einkommen zu sichern. Es geht um Fairness und Ausgleich, über die Landesgrenzen hinweg. Es geht um Grundrechte und Respekt in einer Gesellschaft der Vielfalt. Es geht um das gute Leben. Es geht um das menschliche Mass.

Die Wende zum postfossilen Zeitalter kann nur gelingen, wenn die GRÜNEN gestärkt werden. Immer mehr Menschen

wissen das. Ein Jahr vor den nationalen Wahlen stehen deshalb alle Zeichen auf grün. In den aktuellen Umfragen schwingen wir obenaus. Würde morgen gewählt, könnten wir mit vier zusätzlichen Nationalratssitzen rechnen. Doch unsere Arbeit wird national nur Früchte tragen, wenn wir hartnäckig und leidenschaftlich dranbleiben, bis zum 20. Oktober 2019 und darüber hinaus. In vielen Kampagnen sind wir zu einem starken Team zusammengewachsen. Wir sind bereit für den grossen Sprung nach vorne. Unterstützen Sie uns!

Regula Rytz
Präsidentin GRÜNE Schweiz,
Nationalrätin BE
@RegulaRytz

JETZT UNTERSCHREIBEN FÜR FAIRE PRÄMIEN!

Impressum

Greenfo – Informationsbulletin der GRÜNEN Schweiz, Waisenhausplatz 21, 3011 Bern, Tel.: 031 326 66 00, www.gruene.ch, gruene@gruene.ch, PC 80-26747-3; Auflage: 5500 Exemplare; Redaktion: Natalina Töndury
Grafik: muellerluetolf.ch
Druck: Bubenber Druck
Fotos: Referendumskomitee gegen Versicherungsspione (1,3), Simon Vogel (2), Darko Todorovic (4, Porträt Kaspar Schuler), Ben Zumbühl (8, Gruppenbild)

Die Initiative «Krankenversicherung. Für die Organisationsfreiheit der Kantone» will den Kantonen im Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) die Möglichkeit geben, kantonale oder interkantonale öffentliche Krankenkassen zu schaffen. Diese Ausgleichskassen würden die Prämien festlegen und in Rechnung stellen, Tarife verhandeln und Präventionsaufgaben an lokale Partner übertragen. Die Vorteile davon: Die Prämien würden sich nach der tatsächlichen Entwicklung der Gesundheitskosten richten und die Jagd der Versicherten nach «guten Risiken» (geringes Erkrankungsrisiko bei hohen Beiträgen) würde entfallen. Somit würde die Krankenversicherung solidarischer und transparenter.

Den Unterschriftenbogen können Sie hier runterladen: <https://bit.ly/2zLtFGk>
Weitere Infos auf www.fairpraemien.ch

ÜBERGRIFFIG, INAKZEPTABEL VERSICHERUNGSSPIONE NEIN

Die mit Hilfe der Versicherungslobby in Windeseile durchs Parlament gepeitschte gesetzliche Grundlage zur Überwachung von Versicherten, die des Betrugs verdächtig werden, ist in höchstem Masse unverhältnismässig und verletzt die Privatsphäre. Deshalb braucht es am 25. November ein klares Nein.

Die Invalidenversicherung (IV) oder auch die Unfallversicherung Suva haben in den letzten Jahren wiederholt Detektive eingesetzt, um Fälle von Versicherungsmissbrauch aufzudecken. Konkret wurden der Lebenswandel und die persönlichen Verhältnisse der verdächtigten Personen beobachtet, zusätzliche ärztliche Untersuchungen durchgeführt, die Zusammenarbeit mit den Behörden verstärkt oder auch ZeugInnen befragt. Zwei Gerichtsurteile haben dieser Überwachungspraxis Grenzen gesetzt: Im Oktober 2016 befand der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg, dass die Unfallversicherung nicht über die nötige gesetzliche Grundlage zur Observation verfüge. Letzten Sommer doppelte das Bundesgericht nach: Auch die IV habe ihre Überwachung ohne ausreichende Rechtsbasis durchgeführt.

Express-Gesetzesgrundlage

Im Eiltempo hat das Bundesparlament sodann eine Gesetzesgrundlage geschaffen, welche die Observation von SozialversicherungsbezügerInnen ermöglicht, die des Betrugs verdächtig werden. Der neue Gesetzesartikel berechtigt die Sozialversicherungen, Versicherte durch Privatdetektive überwachen zu lassen. Den Detektiven stehen dafür weitreichende Instrumente zur Verfügung: Sie dürfen Bild- und Tonaufnahmen von Versicherten machen, und zwar nicht nur im öffentlichen Raum. Sie dürfen mutmassliche BetrügerInnen auch auf ihren Balkonen, in ihren Gärten oder sogar in ihren Schlafzimmern beobachten, sofern diese Orte von einem allgemein zugänglichen Ort aus frei einsehbar sind.



Am 5. Juli 2018 wurde das Referendum gegen die unverhältnismässige gesetzliche Grundlage zur Überwachung von Versicherten mit über 56 000 Unterschriften eingereicht.

SozialversicherungsbezügerInnen unter Generalverdacht

Die GRÜNEN lehnen den neuen Gesetzesartikel klar ab. Denn er führt dazu, dass SozialversicherungsbezügerInnen unter Generalverdacht gestellt werden. Und er verletzt unsere Grundrechte, die Bundesverfassung und die Behindertenkonvention der UNO. Versicherungen werden berechtigt, alle BezügerInnen von Leistungen der Sozialversicherungen zu überwachen. Darunter fallen unter anderem auch alle Krankenversicherten oder die EmpfängerInnen einer Hilflosenentschädigung der AHV. Für die Observation wird kein dringender Tatverdacht vorausgesetzt: «Konkrete Anhaltspunkte» reichen gemäss der vagen Formulierung im Gesetzesartikel aus, um jemanden zu observieren. Was «konkrete Anhaltspunkte» genau sind, ist nicht definiert. Die GRÜNEN verurteilen Versicherungsmissbrauch, er ist kein Kavaliersdelikt.

Aber ein Gesetzesartikel, der die Privatsphäre von vom Schicksal betroffenen Menschen aufs Gröbste einschränkt, ist unverhältnismässig, antisolidarisch und absolut inakzeptabel. Wenn die bürgerliche Parlamentsmehrheit im Interesse der Versicherungen ein Gesetz verabschiedet, das rechtsstaatliche Prinzipien missachtet, das Datenschutzgesetz umgeht und die Tätigkeit der Polizei, der Staatsanwaltschaft und der Gerichte in die Hände der Privatdetektive verlagert, dann bleibt uns nur eins übrig: Verteidigung des Rechtsstaats ohne Wenn und Aber!



Sibel Arslan
Nationalrätin BS
@sibelarslan

VON FÜCHSEN UND GÄNSEN SVP-INITIATIVE NEIN!

Die SVP als stärkste Partei der Schweiz malt bei einem Nein zu ihrer Anti-Menschenrechtsinitiative («Selbstbestimmungsinitiative», SBI) den Untergang der Demokratie an die Wand. Dabei sind ihre GegnerInnen DemokratInnen – aber mit Respekt vor den Grundrechten.



Ein demokratischer Rechtsstaat steht auf zwei Beinen. Das eine Bein ist in der Schweiz sehr stark: die direkte Demokratie. Das andere Bein ist das Bein des liberalen Rechtsstaats: die Garantie der Grundrechte. Ist dieses zweite Bein nicht ebenso stark wie das erste, so hinkt unser Land. Die Debatte um die «Selbstbestimmungsinitiative» ist juristisch komplex, die Kern-Botschaft der SVP aber banal: «Die

Mehrheit hat immer Recht – auch dann, wenn sie das humanitäre Völkerrecht verletzt oder internationale Verträge bricht, ohne sie zu kündigen.» Wir GRÜNEN sagen nein zu einer solchen Diktatur der Mehrheit. Denn Menschen- und Grundrechte schützen das Individuum vor staatlicher Willkür. Eine Demokratie ohne Rechtsstaat, das ist, wie wenn sieben Füchse und eine Gans darüber abstimmen, was es zu essen geben soll.

Option Strassburg ist unverzichtbar

Jede und jeder muss darauf zählen können, sich bei Willkür und Diskriminierung am Menschenrechtsgerichtshof in Strassburg zur Wehr setzen zu können. Denn die Bundesverfassung verbietet es dem Bundesgericht, einzugreifen

– selbst dann, wenn das Parlament verfassungswidrige Gesetze beschliesst. Umso mehr brauchen wir die Option Strassburg. Um die Grundrechte, die in der Bundesverfassung festgeschrieben sind, real zu garantieren. Und «last but not least» sollte gerade die Schweiz als Kleinstaat nicht – wie das die Initiative will – den Vertragsbruch zum Rechtsprinzip machen. Verträge kann man kündigen, natürlich! Bricht die Schweiz aber einfach internationale Verträge, ohne sie zu kündigen, wird sie zu einer unglaublichen Verhandlungspartnerin.



Balthasar Glättli
Fraktionspräsident GRÜNE,
Nationalrat ZH
@bglaettli

FÜR DIE WÜRDE DER KUH JA ZUR HORNKUH-INITIATIVE

Eine durch und durch aufrichtige Landwirtschaft hat einen schweren Stand. Das hat nicht nur das Nein zur Fair-Food-Initiative gezeigt. Das erleben die Schweizer Kühe auch am eigenen, hornlosen Kopf.

Auf Milchpackungen und Tourismuswerbung prangen nur horntragende Kühe. Doch die Realität sieht anders aus: Auf den Schweizer Weiden stehen heute 90 Prozent der Kühe mit plattem Schädel da. Für die Tiere ist das eine unschöne Entwicklung. Wie eine Studie der Universität Bern 2016 gezeigt hat, leiden mindestens 20 Prozent der mit einem Brenneisen enthornten Kälber noch drei Monate später an Langzeitschmerzen. Sind

die Kühe einmal gross, fehlt ihnen die Behornung zur Kommunikation und zur Klärung der Rangordnung auf Distanz. Die Hornkuh-Initiative fordert sehr bewusst kein Enthornungsverbot, sondern setzt auf die gezielte Hornkuh-Förderung. Die Umsetzung der Initiative kann durch Umlagerungen im Landwirtschaftsbudget finanziert werden. «80 Prozent Ja-Stimmen liegen drin», meint Bergbauer, Kuhfreund und

Initiant Armin Capaul optimistisch. Ob er Recht behält? Eines ist klar: Am 25. November werden Hulda und Jasmina in den Ställen die Ohren spitzen. Und dann wohligh schnaufen, dank uns GRÜNEN, hoffentlich!



Kaspar Schuler
Organisator Hornkuh-Initiative
@IGHornkuh
www.hornkuh.ch

MIT STEUERGERECHTIGKEIT DEALT MAN NICHT

Die Schweiz muss auf internationalen Druck hin die kantonalen Steuerprivilegien für Statusgesellschaften abschaffen – ein überfälliger Schritt. Die Steuervorlage 17 führt aber zu noch mehr globalem Steuerdumping, Entsolidarisierung zwischen den Kantonen und Abbau. Die GRÜNEN sehen nur einen Ausweg: das Referendum. Sammeln Sie mit!

Die Ablehnung der Unternehmenssteuerreform III im Februar 2017 war ein Fanal gegen die egoistische Politik der wirtschaftlichen Sonderinteressen. 95 Prozent der grünen WählerInnen sagten nein. Leider wurden ihre Erwartungen nach einer besseren Lösung nicht erfüllt: Die Abbauspirale droht nämlich auch mit der Steuervorlage 17 unvermindert weiterzudrehen. Der Vorstand der GRÜNEN hat deshalb beschlossen, im Rahmen einer ökologisch-sozialen Allianz das Referendum zu ergreifen.

Sozialer Kahlschlag trotz AHV-Stabilisierung

Im Wissen um die geringe Akzeptanz der Steuervorlage 17 hat der Ständerat als «soziale Gegenfinanzierung» eine Finanzspritze für die AHV beschlossen. Diese wird aber nicht von den durch die Steuervorlage 17 privilegierten AktionärInnen und globalen Grosskonzernen

finanziert, sondern über Lohnprozente und höhere Anteile aus der Bundes- und Mehrwertsteuer.

Die GRÜNEN begrüssen das Stabilisierungspaket für die AHV und tragen es voll und ganz mit. Leider hat das Parlament den Antrag der GRÜNEN aber abgelehnt, die AHV-Vorlage aus dem Steuerdeal herauszulösen. Somit sind wir im Dilemma: Stimmen wir dem Paket zu, lösen wir mit der Steuervorlage 17 gleichzeitig Abbaumassnahmen bei Bildung, Gesundheit und Sicherheit in Kantonen und Gemeinden aus. Und befeuern den internationalen Steuerwettbewerb und die Entsolidarisierung unter den Kantonen.

Zweiklassen-Kantone

Um mit ihren Nachbarn mitzuhalten, wollen die Kantone ihre Steuern auf weltmeistertiefes Niveau senken. Nur die Kantone mit aktuell vielen Statusgesellschaften wie Basel-Stadt, Zug,

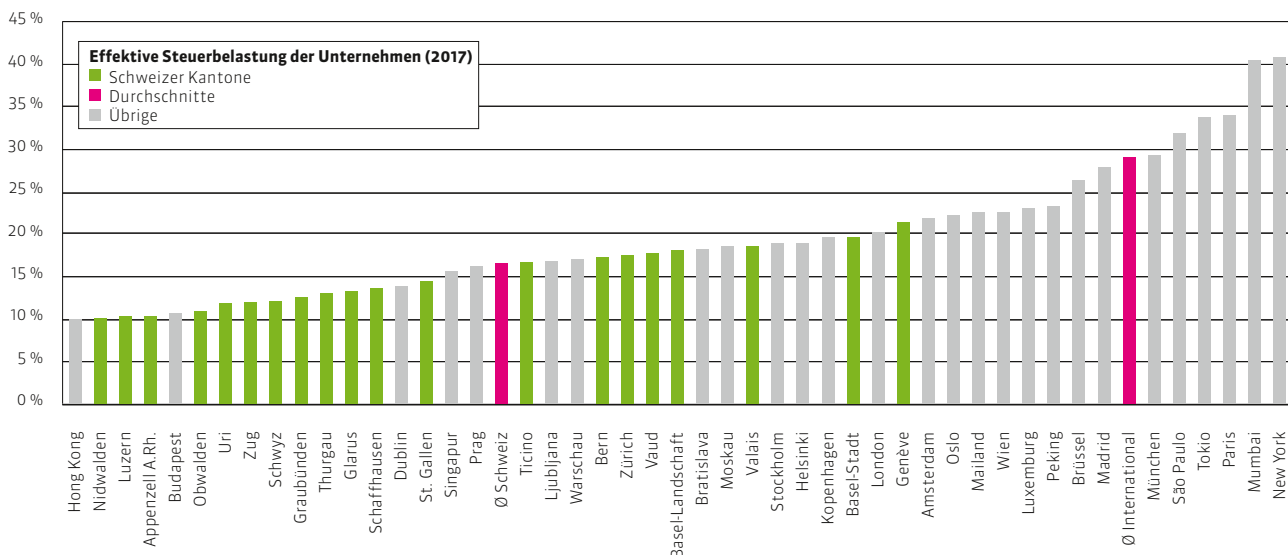
Waadt oder Genf haben dafür einen «Gegenwert». Alle anderen Kantone senken die Steuern ohne Mehreinnahmen. Die vom Bund gewährten «Subventionen» reichen bei Weitem nicht aus, um die Löcher zu stopfen. Die Folge davon: Abbaumassnahmen und Steuererhöhungen für Bürgerinnen und Bürger.

Steuervorlage führt in die Sackgasse

Mit der Steuervorlage will die Schweiz weiterhin die Lokomotive des globalen Steuerdumpings bleiben. Doch die Tage dieses Geschäftsmodells sind gezählt. Die internationalen Anstrengungen gegen Steuervermeidung der Grosskonzerne wirken weiter. Mit der Steuervorlage landet die Schweiz also bald auf der nächsten schwarzen Liste. Es ist Zeit, endlich reinen Tisch zu machen. Dank guter Standortqualität bleibt die Schweiz auch ohne Steuerdumping attraktiv für Unternehmen mit echter Wertschöpfung. Dafür setzen wir uns mit und nach dem Referendum ein.



Regula Rytz
Präsidentin
GRÜNE Schweiz,
Nationalrätin BE
@RegulaRytz



Quelle: eigene Darstellung mit Daten von ZEW/BAK Basel

Schon heute ist die Schweiz die Lokomotive des globalen Steuerwettbewerbs.

DAVID GEGEN GOLIATH

KULTURLANDVERLUST STOPPEN!

Täglich wird in der Schweiz eine Fläche von acht Fussballfeldern verbaut. Mit der Zersiedelungsinitiative wollen die Jungen Grünen dem Kulturlandverlust Einhalt gebieten.

Obwohl das Raumplanungsgesetz die Zersiedelung theoretisch stoppen sollte, geht der Verschleiss von Bauland tagtäglich weiter. Die Zersiedelungsinitiative der Jungen Grünen will deshalb Neueinzonungen eindämmen. Und sie will auch dem Bauen ausserhalb der Bauzonen endlich den Riegel schieben – unter Ausnahme der standortgebundenen, landwirtschaftlich notwendigen Bauten oder Bauten von öffentlichem Interesse.

Für eine nachhaltige Raumplanungspolitik

Unter dem Schwund von Kulturland leiden nicht nur die Umwelt und die Lebensqualität, sondern auch die Landwirtschaft. Denn eine lokale Lebensmittelproduktion ist nur mit genügend Landwirtschaftsflächen möglich. Nebst einem Dutzend ande-

rer Organisationen (u.a. Hausverein Schweiz, Pro Velo Schweiz, umverkehr) und Parteien unterstützt deshalb auch die Kleinbauernvereinigung die breit abgestützte Initiative.

Auch für das Klima ist die Zersiedelung ein Problem: Arbeits- und Freizeitverkehr finden auf zersiedeltem Land fast zwingend motorisiert statt, da sich ein guter ÖV-Anschluss bei kleinen Siedlungsstrukturen kaum lohnt. Mit der Zersiedelungsinitiative wollen die Jungen Grünen endlich den häuslicheren Umgang mit dem Boden umsetzen und zukunftsfähiges Bauen und Wohnen Realität werden lassen. Dem Bund böte die Initiative die Verfassungsgrundlage, um nachhaltige Quartiere konsequent zu fördern. Eines ist klar: Für eine nachhaltige Raumplanungspolitik braucht es die Unterstützung der gesamten Umwelt-

Unseren Boden schützen!



JA Zersiedelung stoppen
Klug bauen

bewegung und engagierter MitstreiterInnen. Denn die Zersiedelungsinitiative stösst unter anderem bei der Baulobby auf grossen Widerstand. Die Jungen Grünen als Jungpartei mit begrenzten Ressourcen brauchen jede Unterstützung im Kampf David gegen Goliath!



Luzian Franzini
Co-Präsident Junge Grüne,
Vize-Präsident GRÜNE
@luzian_franzini

FAIRE UND NACHHALTIGE LEBENSMITTEL BLEIBEN HOCHAKTUELL

Nach dem Nein zu «Fair Food» muss der Bundesrat beweisen, dass er es mit der Umsetzung des Verfassungsartikels 104a für nachhaltige Handelsbeziehungen ernst meint.

Ein herzliches Dankeschön an alle Mitglieder, SympathisantInnen, Mitarbeitenden und an die Organisationen der Fair-Food-Allianz, die sich unermüdlich für «Fair Food» engagiert haben! Leider fanden wir mit der Fair-Food-Initiative keine Mehrheit an der Urne. Doch der Achtungserfolg, insbesondere in der Westschweiz und in den Städten, zeigt, dass nachhaltig produzierte Lebensmittel für viele Menschen in der

Schweiz wichtig sind. Denn die heutigen Regelungen führen zu unfairer Wettbewerb und Intransparenz auf Kosten von Mensch, Tier und Umwelt. Die GRÜNEN werden sich gemeinsam mit den rund 60 unterstützenden Organisationen weiterhin hartnäckig für nachhaltigen Handel, eine bessere Lebensmitteldeklaration, Massnahmen gegen Food Waste und mehr regionale, ökologische Lebensmittel

einsetzen. Der Bundesrat seinerseits ist jetzt gefordert, den im letzten Herbst angenommenen Verfassungsartikel für Ernährungssicherheit endlich umzusetzen und seine (Frei-)Handelsstrategie zu überdenken. In Zeiten der Klimakrise ist fairer und nachhaltiger Lebensmittelhandel aktueller denn je.



Maya Graf
Nationalrätin BL
@nr_mayagraf

NACH HITZESOMMER RESOLUTION FÜR KLIMASCHUTZ

Der Hitzesommer hat erneut gezeigt: Die Schweiz muss im Klimaschutz endlich vorwärts machen. In einer Resolution zeigen wir GRÜNEN auf, in welche Richtung sich die Klimapolitik jetzt bewegen muss.

Extreme Dürre, Ernteausfälle, tote Fische im Rhein: Der Hitzesommer 2018 hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, dass der Klimawandel auch hierzulande eine direkte Bedrohung darstellt. Doch auch diese Erkenntnis wird die rechte Parlamentsmehrheit nicht dazu bewegen, endlich konsequente Massnahmen zum Schutz des Klimas auszuarbeiten. Denn die Diskussionen zum CO₂-Gesetz zeigen, dass nach wie vor gebremst wird, wenn es um wirksame Schritte zur Reduzierung des CO₂-Ausstosses geht. Das CO₂-Gesetz ist in der aktuellen Form völlig ungenügend, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen. Umso wichtiger ist es jetzt,



Aktion für den Klimaschutz an der Delegiertenversammlung der GRÜNEN.

dass wir GRÜNEN den Druck aufrecht erhalten.

Vier Forderungen für mehr Klimaschutz

Die Resolution der GRÜNEN beinhaltet vier Forderungen zur Weiterentwicklung der Schweizer Klimapolitik: den Ausstieg aus allen fossilen Energieträgern bis 2050, einen Investitionsstopp in fossile Energien, eine Flugticket-Abgabe und die verursachergerechte Finanzierung der Anpassungsmass-

nahmen an den Klimawandel durch einen Klima-10-Räppler auf Treibstoffe. Mit diesen Massnahmen würde die Schweiz eine Vorreiterrolle für den Klimaschutz einnehmen – und künftigen Hitzesommern konsequent vorbeugen. Zur Resolution: <https://bit.ly/2PpGxr5>.



Bastien Girod
Nationalrat ZH
@bastiengirod

FRIEDEN EXPORTIEREN, NICHT KRIEG

Trotz Schweizer Handgranaten in den Händen von Terroristen: Der Bundesrat will die Regelungen zum Waffenexport weiter lockern. Dagegen wehren sich die GRÜNEN.

Wollt ihr euch mit der Korrektur-Initiative wehren gegen den skandalösen Entscheid des Bundesrats, Waffenexporte auch in Bürgerkriegsländer zu erlauben? Das fragte eine von den GRÜNEN unterstützte Allianz im September die Menschen in der Schweiz. Die Antwort war ein klares und deutliches Ja. Bis heute haben sich bereits über 45 000 Personen bereiterklärt, je vier Unterschriften für eine Initiative

gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer zu sammeln.

Es ist jetzt am Ständerat, den Entscheid des Bundesrats zu korrigieren und eine Motion anzunehmen, welche die Bestimmungen zu den Waffenausfuhren gesetzlich verankern will. So könnten Lockerungen der Waffenausfuhr künftig per Referendum bekämpft werden. Lehnt der Ständerat die Korrektur ab, wird die Allianz die Korrektur-

Initiative im Dezember lancieren. Wie verschiedene Medienberichte kürzlich aufgedeckt haben, fallen Schweizer Waffen in Krisengebieten leicht in die Hände von Terroristen. Zudem sollte die Schweiz in Kriegsregionen den Dialog und die Konfliktlösung unterstützen. Wie kann sie das, wenn sie gleichzeitig Waffen an Konfliktparteien verkauft? Der Bundesrat opfert die Neutralität der Schweiz den Interessen der Rüstungsindustrie. Unterstützen auch Sie die Initiative gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer und verstärken Sie den Druck auf den Ständerat, im Sinne der humanitären Tradition der Schweiz zu handeln: korrektur-initiative.ch.



Regula Tschanz
Generalsekretärin GRÜNE Schweiz
@regulatschanz



AVANTI!

FÜR DIE GLEICHSTELLUNG

Es tut sich was in Sachen Gleichstellung. Immer noch langsam, aber doch mit höheren Erfolgchancen als auch schon. Und wir GRÜNEN sind an vorderster Front dabei – seit Jahren.

Am 22. September haben 20 000 Menschen in Bern für Lohngleichheit demonstriert. Die Journalisten (ja, nur Männer) haben mich mehrmals gefragt: Braucht es eine solche Demo 2018 überhaupt noch? Leider ja. Die Änderung des Gleichstellungsgesetzes, die zu mehr Lohngleichheit führen soll und vom Nationalrat am 24. September beraten wurde, ist alles andere als griffig. Sie wurde von der rechtsbürgerlichen Mehrheit im Rat zerpfückt und verwässert, bevor sie schliesslich hauchdünn angenommen wurde.

Lohnanalysen für mehr Lohngleichheit

Die Änderung des Gleichstellungsgesetzes sieht vor, dass Unternehmen in der Schweiz künftig zu Lohnanalysen verpflichtet werden, um Lohndiskriminierung zu erkennen und konsequent zu beseitigen. Die Gretchenfrage in der Nationalratsdiskussion drehte sich nun darum, ab welcher Unternehmensgrösse Lohnanalysen verlangt werden sollen. Erst ab 100 Vollzeitstellen dürfe das der Fall sein, meinte die Mehrheit im Nationalrat, und schwächte den Vorschlag des Ständerates ab, der Lohnkontrollen ab 100 Mitarbeitenden

gefordert hatte. Das zeigt: Das Schweizer Parlament wehrt sich mit Händen und Füssen gegen die Lohngleichheit. Nun ist es am Ständerat, die Vorlage wieder zu verbessern.

Initiative für einen vierwöchigen Vaterschaftsurlaub

Gleichzeitig ist die Initiative für einen Vaterschaftsurlaub auf dem Tisch. Die ständerätliche Kommission hat dem

von der Initiative vorgeschlagenen vierwöchigen Vaterschaftsurlaub einen Gegenvorschlag von zwei Wochen entgegengestellt und arbeitet diesen Gesetzesentwurf momentan aus. Wir GRÜNEN werden uns für eine Elternzeit einsetzen und sicher für mehr als vier Wochen Vaterschaftszeit. Nur so kommen wir der Gleichstellung ein Stückchen näher.

In Sachen Gleichstellung gibt es immer noch viel zu tun. Wir packen weiterhin an!

Aline Trede
Nationalrätin BE
@alinetrede



Die GRÜNEN waren an der nationalen Kundgebung für Lohngleichheit und gegen Diskriminierung #ENOUGH18 am 22. September zahlreich vertreten.